

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 1

Artikel: Sozialdemokratie
Autor: Pelinka, Anton
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339683>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tet wurden. Beides bietet mehr als nur Anstösse, über die politische Arbeit des Alltags zu grundlegenden Fragen und Zukunftsperspektiven vorzustossen.

Dies schliesst die Bemühung um Glaubwürdigkeit als Teil unseres gesamtpolitischen Weges ein. Eine konsequente Reformpolitik wird nicht daran gemessen werden, ob wir innerhalb von kurzer Zeit viel fordern, sondern ob das Wichtige, was wir über eine grosse Zeitspanne hinweg als Ziel verfolgen, Bestand hat und auch verwirklicht wird, oder ob wenigstens auszumachen ist, dass die Schritte, die wir tun, an diesen Marksteinen orientiert bleiben, ob deutlich wird, dass die Richtung stimmt. Dies sind inhaltliche Fragen. Die Glaubwürdigkeit steht und fällt damit, wie offen und ehrlich die Positionen bestimmt werden, wie kritisch und selbstkritisch und für den Bürger nachvollziehbar politisches Handeln auf Perspektiven und Grundsätze abgeklopft wird. Und die Glaubwürdigkeit reicht bis hin zum Stil unseres Regierens in Bund, Ländern und Gemeinden, des Miteinanderstrebens und den Umgang mit dem Willen der Bürger – aber auch der persönlichen Amtsführung.

Über allem zweifelsohne notwendigen Pragmatismus darf uns das prinzipielle Denken und Handeln nicht abhanden kommen. Die Notwendigkeit, auf die Möglichkeiten des Machbaren zu verweisen, darf nicht zum Schlagstock werden gegen Forderungen des Noch-nicht-Machbaren, aber Gebotenen.

Anton Pelinka

Sozialdemokratie

Der Begriff Sozialdemokratie kann nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der Theorie des Sozialismus verstanden werden. Eine geschlossene Tradition des Sozialismus, losgelöst von verschiedenen vereinzelt sozialistisch getönten Utopien etwa der beginnenden Neuzeit, entwickelte sich erst im Gefolge der Französischen Revolution. Beeinflusst von der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution, formulierten am Anfang des 19. Jahrhunderts verschiedene Theoretiker das Konzept einer sozialistischen Gesellschaft. Diesen theoretischen Ansätzen war gemeinsam, dass sie den Gedanken der Französischen Revolution, dass sie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auch auf die Ökonomie, auf die Produktionsverhältnisse übertragen wollten. Die Theorien der Frühsozialisten wurden schliesslich weitergeführt und zu einer politischen Bewegung integriert – durch die Wirkung der Person und der Werke von *Karl Marx*, durch die Folgen der Revolutionen von und nach 1848. Die Welle der Industrialisierung und der Parlamentarisierung, die damals durch Europa ging, bereitete einer politischen Bewegung, eben der Arbeiterbewegung, den Boden; auf diesem Boden wurde der Sozialismus zur politischen Praxis, zur Partei, zur Sozialdemokratie.

Sozialdemokratie war zunächst ein umfassender Begriff für die Arbeiterbewegung Europas, die vor allem, freilich nicht ausschliesslich, sich als marxistisch verstand. Diese um die Mitte des 19. Jahrhunderts relativ einheitliche Sozialdemokratie war durch drei Wurzeln und die dadurch bedingten, fundamentalen Frontstellungen bestimmt:

- Aufklärung und Rationalismus; dadurch Frontstellung gegen das damals herrschende Verständnis von Kirche und Religion.
- Revolution und Demokratie; dadurch Frontstellung gegen die konservativen Strömungen.
- Soziale, vor allem ökonomische Egalität; dadurch Frontstellung gegen die liberalen Strömungen.

Sozialdemokratie als sozialistische, vor allem marxistische Theorie; Sozialdemokratie als Arbeiterbewegung, die sich zunehmend der Organisationsformen von Gewerkschaften und Parteien bediente: Das konstitutive Element sozialistischer Theorie und sozialdemokratischer Praxis war jedenfalls die prinzipielle Opposition zu den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen, zu den diese Zustände rechtfertigenden Theorien. Unabhängig von der Frage nach den Methoden, mit denen die Sozialdemokratie die bestehende Gesellschaft von Grund auf verändern wollte,

Macht ohne Grundsätze oder Grundsätze ohne Macht?

musste daher die Sozialdemokratie schon von ihrem Anspruch her als revolutionär empfunden werden.

Die relative Einheitlichkeit der Sozialdemokratie deckte eine innere Vielfalt zu, die sich teilweise in heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Theoretikern, teilweise in unterschiedlichen Vorstellungen von der einzuschlagenden politischen Strategie äusserte. Die relative Einheitlichkeit war möglich durch die Abwesenheit der Sozialdemokratie von der Macht. Hinter dieser durch Machtlosigkeit ermöglichten Homogenität stand zwar eine Gegensätzlichkeit und eine Vielfalt, die in den unterschiedlichen Voraussetzungen etwa Grossbritanniens und des Kontinents begründet lag; die sich auch äusserte im Gegensatz zwischen der insbesondere für Deutschland wichtigen Position *Lassalles* und der marxistischen Hauptströmung; auch zwischen diesen Hauptströmungen und den stärker syndikalistisch getönten, auch anarchistisch beeinflussten sozialistischen Spielarten in Süd- und Südwesteuropa. Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war, der theoretischen Vielfalt zum Trotz, ein weitgehend einheitlicher, sich auch weitgehend als Einheit verstehender politischer Arm entstanden: Die europäische Sozialdemokratie, ein Bündnis verschiede-

ner Arbeiterparteien, zusammengefasst in der 1889 neu gegründeten 2. Sozialistischen Internationale.

Um die Jahrhundertwende bot die europäische Sozialdemokratie ein relativ homogenes Bild: Gestützt auf die Traditionen des Sozialismus, vor allem auf dessen marxistische Spielart, war die Sozialdemokratie ein in allen Staaten entwickeltes politisches Instrument, ausgerichtet an einer relativ einheitlichen Zielsetzung – Vollendung der politischen Demokratie, grundlegende Umgestaltung der Ökonomie, Herstellung einer internationalen Solidarität. Die Sozialdemokratie war die Antithese zu den Restbeständen des politischen Absolutismus, zu den Grundsätzen des Hochkapitalismus, zum Egoismus der Nationalstaaten. Erst der Sündenfall der Sozialdemokratie, der Bruch der vielbeschworenen Solidarität im Jahr des Kriegsausbruches 1914, entlarvte die optische Einheitlichkeit der europäischen Sozialdemokratie als Fiktion einer Bewegung, die, weil von der faktischen Macht ausgeschlossen, sich in Resolutionen auf Konferenzen und Kongressen erschöpfte. Das Verhalten der europäischen Sozialdemokratie am Beginn des Ersten Weltkriegs und die damit in Zusammenhang stehende Oktoberrevolution spaltete

die Sozialdemokratie Europas und problematisierte auch den Begriff der Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung. Seit 1914 beziehungsweise seit 1917 ist Sozialdemokratie jedenfalls nicht mehr gleichbedeutend mit Arbeiterbewegung, nicht mehr gleichbedeutend mit der praktischen Umsetzung sozialistischer Theorie.

Im Gefolge der Oktoberrevolution spalteten sich überall die der Internationale angeschlossenen Parteien; wurde der Begriff des Sozialismus zum Gegenstand eines Erbschaftsstreits zwischen den Parteien, die sich in Berufung auf die Traditionen der Internationale zur Oktoberrevolution bekannten und die sich zur Kommunistischen Internationale zusammenschlossen, und den Parteien, die ebenfalls unter Betonung der Traditionen der Internationale den Weg der Oktoberrevolution ablehnten. Beide sozialistischen Traditionsströme beriefen sich dabei auch auf *Karl Marx*. Doch der Begriff Sozialdemokratie wurde nun gleichbedeutend mit Ablehnung des russischen Weges zum Sozialismus, mit der zumindest teilweisen, zumindest schrittweisen Versöhnung mit dem ursprünglich als bürgerlich abgewerteten, in der Zwischenzeit freilich demokratisierten Parlamentarismus. Seit der Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist Sozialdemokratie synonym für die sozialistische Bewegung, die ihre Ziele unter Einhaltung der Spielregeln des Mehrparteiensystems im Rahmen westlicher Demokratie erreichen will.

Diese Unterscheidung der Begriffe und der Parteien ist jedoch fließend. Eben weil die politische Demokratie im wesentlichen zwischen den «bürgerlichen» Hauptströmungen und der Sozialdemokratie unumstritten ist, eben weil die Spielregeln demokratischer Machtverteilung in den Demokratien Europas um 1980 eingehalten werden, können sich die liberalen und konservativen Parteien ebenso wenig wie die Sozialdemokratie leisten, ihre gesellschaftspolitischen Unterschiede scharf und klar zu betonen. «Bürgerliche» Parteien müssen darauf achten, mehrheitsfähig zu bleiben; deshalb müssen sie auch gewisse Mindestvorstellungen sozialer Sicherheit, ein gewisses Minimum an gesellschaftlicher Gleichheit akzeptieren. Sozialdemokratische Parteien müssen ebenfalls mehrheitsfähig bleiben; deshalb dürfen sie die herrschende Bewusstseinslage, dürfen sie insbesondere die für die Mehrheitsbildung entscheidenden Wählerschichten nicht durch überzogene egalitäre Forderungen abschrecken.

Je stabiler ein Mehrparteiensystem ist, desto weniger kann es sich die Sozialdemokratie der Gegenwart leisten, ein eindeutiges sozialistisches Konzept vorzulegen, sich dadurch von den «bürgerlichen» Konkurrenten eindeutig abzuheben. Diese Konsequenz demokratischer Mehrheitsregeln ist die eine Schwierigkeit bei der Abgrenzung von Sozialdemokratie und «bürgerlichen» Strömungen und Parteien. Die partielle Ablösung der traditionellen li-

beralen und konservativen Parteien durch neue Typen «bürgerlicher» Interessensvertretung ist eine andere Schwierigkeit.

Für die Sozialdemokratie war das Schockerlebnis des Ersten Weltkriegs ein auslösendes Moment für Spaltung und Neubeginn. Für die «bürgerlichen» Parteien war das Aufkommen des Faschismus und der Beginn des Zweiten Weltkriegs ein ähnliches Schlüsselerlebnis. Die Sozialdemokratie konnte ihr eigenes Postulat der internationalen Solidarität nicht verwirklichen, sie zerfiel 1914 in mehr oder minder nationalistisch infizierte Nationalparteien. Die liberalen und konservativen Kräfte zwischen den Weltkriegen konnten den Faschismus nicht nur nicht aufhalten, sie wurden teilweise zu Steigbügelhaltern eines *Mussolini*, eines *Hitler*, eines *Dollfuss*, eines *Franco*. Sie mussten 1945 von vorn beginnen. Dieser Neuanfang wird von dem Versuch eines neuen Parteitypus gekennzeichnet, der «christlich-demokratischen» Parteien.

Diese vor allem in katholischen Ländern Europas etablierten Parteien erschwerten und erschweren insofern eine begriffliche Abgrenzung zwischen «bürgerlich» und «sozialdemokratisch», als sie in Theorie und Praxis viel stärker als die traditionellen liberalen und konservativen Parteien Elemente des Sozial- und Wohlfahrtsstaates bejahen und praktizieren. Die christliche Demokratie ist, gerade in ihrer Sozialpolitik, der sozialdemokratischen Praxis stark angenähert.

Der Anpassungsdruck, der von der Mehrheitsregel ausgeht; die Entstehung der christlich-demokratischen Parteien als eines Parteitypus der betonten Mitte; und die niemals verschwundenen nationalen Unterschiede machen eine begriffliche Schärfe in der gegenwärtigen europäischen Parteilandschaft schwierig. Es ist heute möglich, dass die Democrazia Cristiana Italiens oder die Liberale Volkspartei Schwedens Beschränkungen des Marktmechanismus befürworten, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ablehnt. Es ist heute möglich, dass regierende Sozialdemokraten in neutralen Staaten oder opponierende Sozialisten in NATO-Staaten aussenpolitische Linien vertreten, die regierende Sozialdemokraten in NATO-Staaten ablehnen. Keine programmatische Besinnung auf theoretische Schärfe kann diese praktische Unschärfe verhindern; mit einem gewissen Spielraum ist zu rechnen. Die Integration der Europäischen Gemeinschaften führt auch zu einer Integration der Parteien, die hier durchwegs den traditionellen Begriffen wie sozialistisch oder sozialdemokratisch, christlich-demokratisch oder konservativ sowie liberal und schliesslich kommunistisch folgen. Diese transnationalen Zusammenschlüsse in den Staaten der Europäischen Gemeinschaften und in den übrigen Staaten West- und Mitteleuropas zwingen zumindest zu einer organisatorischen Abgrenzung, die den Begriff Sozialdemokratie aus dem Nebel blosser Tradition und aus der

Spekulation blosser Programmatik hervorholt: Sozialdemokratie ist, um 1980 in Europa, ein zumindest organisatorisch eindeutig definierbarer Begriff, hinter dem eine lange Geschichte und bestimmte gesellschaftspolitische Zielvorstellungen sichtbar sind. Die Unschärfe sozialdemokratischer Praxis verbaut internationale Kontakte und internationale Zuordnung keineswegs. Sozialdemokratie ist nach wie vor ein Minimum an grenzüberschreitender Solidarität.

Sozialdemokratie und Kommunismus

Alle Spielarten der Sozialdemokratie und alle Spielarten des Kommunismus leiten sich von der integralen Arbeiterbewegung her, die sich in der 1889 gegründeten Sozialistischen Internationale, in den darin vereinigten Parteien und den mit diesen Parteien verbündeten Gewerkschaften formierte. Diese Herkunft von ein und derselben historischen Bewegung äussert sich auch heute noch darin, dass der Begriff des Sozialismus, dass die Zielvorstellung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sowohl von sozialdemokratischen Parteien als auch von kommunistischen Parteien beansprucht wird. Die Parteien der Sozialistischen Internationale von heute verstehen sich ebenso als Kräfte der sozialistischen Bewegung wie die kommunistischen Parteien.

Diese Gemeinsamkeit ist jedoch grundsätzlich nur eine verbale, der praktische Gehalt des Sozialismus, die konkre-

Innerparteiliche Demokratie

Die Sozialdemokratie bekannte sich in ihrer Geschichte nicht nur immer zur Demokratie im Staat, sie bekannte sich ebenso auch zur Demokratie in der Partei. Innerparteiliche Demokratie war ein für alle sozialdemokratischen Parteien grundsätzlich unbestrittenes Postulat. Die in der Partei auftretenden Konflikte über Inhalte und Personen sollten nach den Richtlinien einer Demokratie gelöst werden.

ten Erscheinungsformen der sozialistischen Gesellschaft sind zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien umstritten. Seit der Spaltung der Internationale, seit der oft feindseligen Konkurrenz zwischen den sozialdemokratischen und den kommunistischen Parteien lassen sich vor allem folgende Unterschiede, ja Gegensätze beobachten:

- Ideologische Unterschiede: Die kommunistischen Parteien berufen sich auf die Traditionen des Marxismus, sie lassen keine nichtmarxistische Deutung des Sozialismus zu; die sozialdemokratischen Parteien praktizieren einen ideologischen Pluralismus, in dessen Rahmen marxistische ebenso wie nichtmarxistische Interpretationen des Sozialismus akzeptiert werden.
- Politische Unterschiede: Die kommunistischen Parteien praktizieren überall dort, wo sie regieren, Einparteiensysteme ohne legale Opposition: die sozialdemokratischen Parteien halten auch dort, wo sie regieren, an den Spielregeln des Mehrparteiensystems fest.
- Ökonomische Unterschiede: Die kommunistischen Parteien haben überall, wo sie dazu die Regierungs-

macht einsetzen konnten, das Privateigentum an Produktionsmitteln zugunsten eines Kollektiveigentums abgeschafft; die sozialdemokratischen Parteien haben im Bereich ihrer Regierungsmacht das Privateigentum nirgendwo vollkommen abgeschafft, sondern vielmehr mit Hilfe des Sozialpostulats zu kontrollieren versucht.

Diese begriffliche Abgrenzung gilt jedoch nicht in vollem Umfang gegenüber kommunistischen Parteien, die in westlichen Mehrheitsparteiensystemen sich legal betätigen, die dort zumindest programmatisch und verbal die Spielregeln des Parteienpluralismus einhalten, teilweise auch nichtmarxistische Denkweisen in den eigenen Reihen akzeptieren und ausdrücklich ein Nebeneinander von Kollektiveigentum und Privateigentum anstreben. Gegenüber diesen eurokommunistischen Parteien wird die begriffliche Trennung unscharf. Ebenso wie die aktuelle Sozialdemokratie gegenüber sich anpassenden «bürgerlichen» Strömungen keine unbedingt scharfen Grenzlinien mehr zu ziehen vermag, kann auch gegenüber sich so adaptierenden kommunistischen Parteien kein eindeutiger

«Dieses Buch ist keine Parteischrift. Es will nicht für die Sozialdemokratie werben, es will schon gar nicht gegen die Sozialdemokratie einnehmen. Es ist ein Versuch einer möglichst nüchtern-analytischen Bestandesaufnahme, gestützt auf das Instrumentarium der Politikwissenschaft. Dennoch ist dieses Buch nicht wertfrei, weil Politikwissenschaft, weil Sozialwissenschaft überhaupt niemals wertfrei sein können. Die Werte, an denen sich die folgenden Ausführungen orientieren, sind die der Demokratie, die in den von der Sozialdemokratie mitgeschaffenen politischen Systemen Europas verwirklicht ist, ohne schon am Ende ihrer Entwicklungsmöglichkeit angelangt zu sein.» Dies schreibt Anton Pelinka im Vorwort zu seinem Buch «Sozialdemokratie in Europa», Macht ohne Grundsätze oder Grundsätze ohne Macht. Das hier abgedruckte Kapitel befasst sich mit dem Begriff und der Entstehung der Sozialdemokratie und des demokratischen Sozialismus.

Der Begriff Sozialdemokratie beinhaltet historisch und aktuell eine gewisse Unschärfe. Sozialdemokratie kann sowohl die Theorie und die Praxis aller Parteien umschreiben, die der Zweiten, der Sozialistischen Internationale angehören; Sozialdemokratie kann jedoch auch zugleich jene Kräfte innerhalb dieser Internationale bezeichnen, die durch einen Pragmatismus des Regierens, durch eine gewisse Abstinenz in der Theorie, insbesondere durch einen gewissen Bruch mit den Traditionen des Marxismus charakterisiert werden können. Vor allem für die sozialistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens, Griechenlands und Portugals – die Parteien eines «lateinischen Sozialismus» oder eines «Eurosozialismus» – ist Sozialdemokratie kein Begriff, unter den sie sich selbst subsumieren würden. Dieser mediterrane Sozialismus fühlt sich den «rechten» Parteien der Internationale, den viel stärker mit der Regierungsmacht vertrau-

ten Sozialdemokratien Skandinaviens, Deutschlands, Grossbritanniens, Österreichs und der Benelux-Staaten noch eher durch den Begriff des «demokratischen Sozialismus» verbunden. Der demokratische Sozialismus umfasst somit die Sozialdemokratie im engeren Sinn, die eine Art von Regierungssozialismus repräsentiert, und den mediterranen Eurosozialismus, der vor allem Oppositionssozialismus ist. Die relative Unschärfe des Begriffs gilt jedoch nicht nur für die europäische Sozialdemokratie, sie gilt auch für die anderen grösseren ideologischen Strömungen und Parteigruppierungen in Europa. Um dem Begriff Sozialdemokratie und demokratischer Sozialismus eine gewisse Klarheit zu verschaffen, bedarf es auch der Abgrenzung gegenüber den konkurrierenden Begriffen in der politischen Landschaft Europas, Begriffen, die ebenso wie Sozialdemokratie und demokratischer Sozialismus sowohl

für bestimmte theoretische Traditionen als auch für bestimmte aktuelle Parteien stehen.

Sozialdemokratie und «bürgerliche» Ideologien

Sozialistische Ideen und sozialdemokratische Parteien sprengten in einer frühen Phase des modernen Parlamentarismus die politische Zweipoligkeit, die sich – in Anlehnung an das britische, auf das 17. Jahrhundert zurückgehende Zweiparteiensystem – mehr oder minder deutlich in ganz Europa etabliert hatte. War es bis in das späte 19. Jahrhundert selbstverständlich, dass die durch ein ungleiches Wahlrecht gekennzeichneten Parlamente durch Konservative und Liberale beherrscht waren, so kam als dritte Gruppe im Gefolge der Erweiterung des Wahlrechts die Sozialdemokratie hinzu.

Von den konservativen Strömungen und Parteien unterschied sich die Sozialdemokratie durch ihr unbedingtes Eintreten für die Vollendung der politischen Demokratie. Die Sozialdemokratie war grundsätzlich für die Weiterführung des Konstitutionalismus zu einem System, in dem alle relevanten Verfassungsorgane direkt oder indirekt durch das Volk zu bestimmen wären. Sozialdemokraten waren zwar nicht automatisch Republikaner, sie waren aber selbstverständlich gegen jede Monarchie, in der die Krone eine eigenständige, vom Parlament oder Volkswillen unabhängige Macht darstellte. Von den liberalen Strömun-

gen und Parteien unterschied sich die Sozialdemokratie durch die postulierte Verklammerung von Politik und Wirtschaft, durch die Einbeziehung wirtschaftlicher Machtverhältnisse in das spezifisch sozialdemokratische Konzept von Demokratie. Sozialdemokraten und Liberale waren gemeinsam als Nachfahren der Aufklärung und der Französischen Revolution gegen die Konservativen, die von den Restbeständen feudaler Autorität und Legitimität in die nachrevolutionäre Ära hinüberretten wollten, was noch zu retten war. Dieses politische Bündnis zwischen Liberalen und Sozialdemokraten musste jedoch zerbrechen, sobald die Sozialdemokraten mit ihrem Postulat nach Veränderung der Produktionsverhältnisse die handlungsleitenden Interessen des liberalen Bürgertums berührten. Der antiaristokratische, antifeudale Affekt verband Liberale und Sozialdemokraten; der soziale Egalitarismus, Bestandteil jeder Form von Sozialismus, musste die beiden Strömungen trennen.

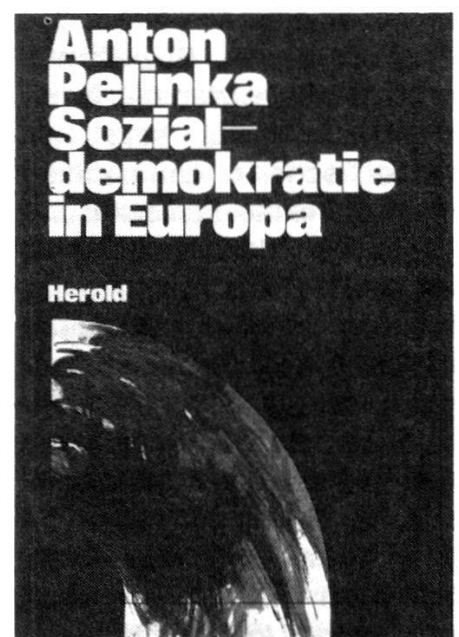
Die Entwicklung der europäischen Demokratien im 20. Jahrhundert folgte im wesentlichen den Vorstellungen der Sozialdemokratie: Die Monarchien wurden entweder demokratisiert oder abgeschafft – die Krone nach britischem und skandinavischem Muster entmachtet oder aber beseitigt. Im Zentrum der politischen Systeme entwickelte sich der Parlamentarismus ebenfalls nach sozialdemokratischen Vorstellungen, gestützt auf ein allgemeines auf gleiches Wahlrecht für Frauen

und Männer, unabhängig von Stand oder Klasse, Besitz oder Konfession, Rasse und Bildung.

Die europäischen Demokratien entwickelten sich jedoch im Bereich der Wirtschaft nur teilweise nach sozialdemokratischen Vorstellungen. Das Grundmuster des Privateigentums an Produktionsmitteln blieb im wesentlichen unangetastet. Zwar wurde die liberale Ökonomie des Hochkapitalismus zugunsten eines Sozial- und Wohlfahrtsstaates überwunden, zwar wirkte sich der Druck der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung in Richtung auf eine schrittweise Reform des Kapitalismus aus, aber eine sozialistische Wirtschaftsordnung nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts wurde dort, wo im 20. Jahrhundert eine freie Sozialdemokratie wirken kann, nirgendwo errichtet. Die Sozialdemokratie wurde vielmehr zum Hebel einer permanenten Reform durch permanenten Revolutionsdruck – um den radikalen Veränderungsdruck einer politisch mächtigen Arbeiterbewegung abzufangen, mussten die härtesten Folgen des Kapitalismus gemildert, musste Massenelend durch soziale Sicherheit ersetzt werden.

Die Grenzlinie zwischen der Sozialdemokratie des späten 20. Jahrhunderts und den nach wie vor mit den Begriffen liberal und konservativ umschriebenen «bürgerlichen» Parteien ist weniger eindeutig zu ziehen als im späten 19. Jahrhundert. Die vor allem auch durch die Sozialdemo-

kratie hergestellte politische Demokratie ist in ihren wesentlichen Grundzügen – Wahlrecht, Parlamentarismus, Freiheitsrechte – zwischen liberalen, konservativen und sozialdemokratischen Parteien ausser Streit gestellt. Kontrovers ist jedoch nach wie vor der Geltungsbereich dieser Demokratie: Konservative und Liberale beharren darauf, dass Demokratie ein politischer Grundsatz ist, der nicht auf andere gesellschaftliche Bereiche, der insbesondere nicht auf die Wirtschaft anzuwenden ist. Sozialdemokraten betonen jedoch in Konsequenz ihres sozialen Egalitarismus, dass Demokratie, dass Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht an den historisch zufälligen Grenzen des Staates und der Politik haltmachen sollen. Nicht die Demokratie, sondern ihr Geltungsbereich trennt heute liberale und konservative Parteien auf der einen Seite, sozialdemokratische und sozialistische Parteien auf der anderen.



Grenzstrich gezogen werden. Zwischen Sozialdemokratie und Eurokommunismus bleibt freilich ein ideologischer, historischer, auch aktuell bedeutender Unterschied. Wenn der Begriff Kommunismus überhaupt noch einen Sinn haben soll, dann beinhaltet er eine grundsätzliche Bejahung der Oktoberrevolution, dann beinhaltet er auch eine grundsätzlich positive Würdigung *Lenins*. Auch wenn die Eurokommunisten das sowjetische Modell nicht für den eigenen Bereich akzeptieren, auch wenn sie die Praxis des Marxismus-Leninismus in den heutigen «sozialistischen» Staaten kritisieren, so bewerten sie zumindest die historische Leistung des Marxismus-Leninismus positiv. Wenn der Begriff Sozialdemokratie oder demokratischer Sozialismus nicht jede Schärfe verlieren soll, so beinhaltet er ebenso die historische, ideologische Ablehnung der Oktoberrevolution, beinhaltet er auch eine grundsätzliche Kritik nicht nur an der Praxis, sondern auch an der Theorie *Lenins*.

Zwischen allen Spielarten des demokratischen Sozialismus und allen Spielarten des Kommunismus bleibt somit als letzter, scharfer Unterschied die historische Parteistellung gegenüber den Ereignissen, die um 1917 die Spaltung der vormals integralen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bewirkt haben. Die Auffassung der Sozialdemokratie von damals, dass die sozialistische Revolution nur von einer Mehrheit getragen werden kann, dass sie somit nur in industriell fortgeschrittenen

Ländern sinnvoll ist, äussert sich heute in der konsequenten Verteidigung demokratischer Regeln durch die Sozialdemokratie. Die Durchführung und Rechtfertigung der Revolution in einem industriell rückständigen Land, in dem sich die Arbeiterbewegung von vornherein nur auf eine Minderheit stützen konnte, umschliesst auch heute noch eine zumindest gegenüber der Sowjetunion geübte Bejahung des revolutionären Gründungsaktes, der nach den Massstäben des Parteienpluralismus keine Rechtfertigung finden kann.

Der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus ist überall dort in Fluss gekommen, wo sich kommunistische Parteien den Gesetzmässigkeiten pluralistischer Demokratie unterwerfen, wo sie daher demselben Sog zur ideologischen Abschleifung ausgesetzt sind, wie schon vor ihnen sowohl «bürgerliche» als auch sozialdemokratische Parteien. Die ideologischen, politischen, ökonomischen Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus sind daher grundsätzlich variabel, sind grundsätzlich nationale Besonderheiten, historischen Veränderungen ausgesetzt. Die begriffliche Grenzziehung zwischen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei in Frankreich ist daher nicht dieselbe wie etwa zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Deutschen kommunistischen Partei. Eine allen sozialdemokratischen (einschliesslich der eurosozialistischen) und

allen kommunistischen (einschliesslich der eurokommunistischen) Parteien gemeinsame Unterscheidung ist die Haltung gegenüber der Sowjetunion; und ist, darüber hinaus, die unterschiedliche organisatorische Einbindung. Sozialdemokratie und Eurosozialismus bedeutet:

- Zugehörigkeit zur Sozialistischen Internationale als Dachverband, der Regierungssozialismus und Oppositionssozialismus trotz praktischer Differenzen verbindet;
- Ablehnung jeder Form «sozialistischer» Einparteiensysteme nicht nur in Form von Kritik an konkreten Verhältnissen, sondern als prinzipielles Nein.

Diese letzte entscheidende Grenzlinie kann nur dann aufgehoben werden, wenn sich der Eurokommunismus sozialdemokratisiert; wenn er den programmatisch verkündeten ideologischen, politischen und ökonomischen Pluralismus nicht nur praktiziert, sondern auch gegenüber dem Mutterland der kommunistischen Parteien, gegenüber der Sowjetunion, von Grund auf vertritt. Sozialdemokratie ist eben die Summe aller Formen sozialistischer Bewegungen, die ihr Ziel einer sozialistischen Gesellschaft ausschliesslich mit den Methoden der pluralistischen Demokratie erreichen wollen. Der Kommunismus kann sich diesem Konzept des demokratischen Sozialismus nur dann glaubwürdig anschliessen, wenn er seiner eigenen Geburtsstunde, eben der Oktoberrevolution, abschwört.